

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Verlagspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr  
für die sechsgepaltene Kolonelleile ober deren Raum 50 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Der neueste Schlag

Ein muß man den „Vorkämpfern für Demokratie und Selbstbestimmungsrecht“, den weststaatlichen Regierungen lassen, sie tun ihr möglichstes, den letzten Rest von Illusion über sie zu zerstäuben. Sie haben die Zeit nach Versailles mit Faustschlägen gegen die besiegten Völker ganz ausgefüllt. Die Hoffnung auf ihre Einsicht, auf ihre Vernunft, die immer und immer wieder keimen wollte, haben sie noch jedesmal rücksichtslos zerstört. Die letzten Monate haben die geschlagenen Völker, nein die ganze, sich nach Frieden sehrende Menschheit auf Genua gehofft. Hier sollte, so nahm sie wenigstens an, endlich die Grundlage für die Befriedung der Welt und ihren wirtschaftlichen Aufbau begonnen werden. Daß auch dies eine schlimme Einbildung war, bestätigt der neueste Schlag der Sieger gegen Deutschland.

Am 21. März hat die zu Paris tagende Reparationskommission für die deutsche Regierung eine Note beschlossen, die das Maß der staatlichen Bevormundung und der wirtschaftlichen Störung voll zu machen geeignet ist. In diesem Diktat wird neben vielem ähnlichen gefordert, daß die in dem sogenannten Steuerkompromiß vorgegebenen Steuern und Abgaben vor dem 30. April bewilligt und in Kraft gesetzt werden und daß im Rechnungsjahre 1922/23 mindestens 60 Milliarden neuer Steuern aufgebracht werden müssen. Diese Zusatzsteuern sollen vor dem 31. Mai vom Reichstag bewilligt und davon bis zum 31. Dezember 1922 mindestens 40 Milliarden eingebracht sein. Obendrein wird noch die Einführung eines Steuerhäftens verlangt, das die Staatseinnahmen im Maße der Markentwertung automatisch erhöht.

Als die deutsche Regierung, vor dem Nichts stehend, ihr Gesicht um Zahlungsausschub den Siegern unterbreitete, hatte man eine Erleichterung der untragbaren Entschädigungslast erwartet. Ein kurzer Zahlungsausschub ist nun auch tatsächlich gewährt worden, aber damit kommt auch der Befehl für die Regierung und Befehlgebung Deutschlands, bis zum 31. Mai 60 Milliarden neue Einnahmen zu suchen und zwei Drittel bis zum Jahresende herbeizuschaffen. Das ist nun leichter befohlen als erfüllt. Nach dem Abkommen von Cannes hat Deutschland im Jahre 1922 720 Millionen in bar und 1450 Millionen in Waren, also zusammen 2170 Millionen Goldmark zu leisten. Die mühselige Steuerjagd der „Regierung der Erfüllung“, des Kabinetts Wirth ist zur Genüge bekannt. Die Steuern wurden auf eine Höhe gebracht, die jenseits der Grenze der Tragbarkeit liegt, dazu soll eine Zwangsanleihe von einer Goldmilliarde erhoben werden. Gewiß sind die Besitzenden lange nicht in dem Maße zur Tragung der Entschädigungslast herangezogen wie die lohnarbeitende Bevölkerung; zweifelsohne muß die Kapitalistenklasse viel mehr mit ihrem Geldbeutel für die Folgen des Krieges haftbar gemacht werden, woran sie ein erkledlich Teil der Schuld trägt. Allein, auch wenn die Besitzenden ebenso schwer belastet werden wie die Nichtbesitzenden, die Einnahmen werden weit hinter den Forderungen der Sieger zurückbleiben. Deren Forderung ist plattendings nicht zu befriedigen. Dies wird auch von einsichtigen Fachleuten jenseits der Grenze — man denke an Keynes und andere — nicht bestritten.

Die Schäden des Krieges sind, wie hundertfach dargelegt, nur durch verständnisinnige Zusammenarbeit aller Völker zu heilen, nicht aber durch Ultimatus und Diktate an die Besiegten; nur durch gemeinschaftlichen Aufbau der europäischen Wirtschaft, aber nicht durch weitere Zerrüttung. Und eine weitere Zerrüttung der Wirtschaft und, was fast noch schädlicher wirkt, der Nerveneruhte des deutschen Volkes stellt jedenfalls der neueste Schlag der Sieger dar. Seine Gefährlichkeit und Unsinngkeit ist am Stand der Mark leicht nachzuprüfen. Mitte März stand die Mark, am Dollar gemessen, auf 270, nach Bekanntwerden des Diktats der Reparationskommission schnellte sie auf 304 hinab und sinkt immer weiter. Heute steht sie schon auf 340, in einigen Wochen kann sie die österreichische Tiefe erreicht haben. Das hat die Unsinngkeit der Reparationskommission verübt. Nun kann sie der deutschen Regierung wieder zum Vortritt machen, daß sie die Einnahmen nicht in ein gerades Verhältnis zur Markentwertung bringe.

Ein Keil treibt den andern. Diese Geldentwertung wird zu weiterer Verschlimmerung des Übels treiben. Die Preise der Lebensmittel und Rohstoffe müssen im Verhältnis zur neuen Geldentwertung steigen. Lohnforderungen und Gehaltserhöhungen der Beamten werden folgen. Die Regierung wird die 1450 Millionen Gold, die Sachleistungen an die Sieger, den deutschen Lieferanten mit entsprechend mehr Papiergeld begleichen müssen. Damit ist der mit vielem Weh und Ach aufgerichtete Staatshaushalt wieder umgestülpt. Das Steuerkompromiß ist umsonst

gemacht. Noch ehe dessen Steuern und Abgaben ausgeschrieben sind, ist ihre völlige Unzulänglichkeit schon handgreiflich geworden. Die Steuerfucherei muß von vorne beginnen, aber mit viel geringerer Aussicht auf irgendwelchen Erfolg. Ein solcher Gang der Dinge ist vortrefflich geeignet, auch den Nervenruhigsten der Deutschen aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Man kann angesichts der immertwährenden, den Erfüllungswillen des deutschen Volkes gänzlich mißachtenden Diktate, die sich an Unsinngkeit und Rücksichtslosigkeit nachgerade übertreffen, füglich die Frage aufwerfen, ob es den Siegern überhaupt nur darum zu tun ist, uns zur Verzweiflung zu bringen; ob sie ihr neuestes Diktat nicht absichtlich in die für ein sich selbst achtendes Volk unannehmbare Form der Bevormundung gebracht haben, um es unannehmbare zu machen und dann einen billigen Vorwand für Gewaltmaßregeln zu finden. Es gibt der Zeichen gar manches, das auf diese Annahme hindeutet.

Wie dem auch sei, in der Unmöglichkeit der Erfüllung des neuesten Diktats sind diesmal alle Parteien und Volksschichten Deutschlands einig. So sehr auch die Regierung Wirth vom Willen, die Verpflichtungen des Versailler Vertrags bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit zu erfüllen, befeht ist, den gegenwärtigen Forderungen hat sie ein Nein entgegengesetzt. Der Reichskanzler erklärte in der Reichstagsitzung vom 28. März, daß ja jetzt schon zwei Drittel aller Reichseinnahmen auf die Sieger und nur ein Drittel für die inneren Bedürfnisse Deutschlands käme, so daß eine Verschiebung dieses Leistungsverhältnisses zugunsten der Entente einfach unmöglich sei. Von einer Verschärfung der Sparsamkeit, wonach getrachtet werden müsse, sei kaum das zu erwarten, was sich die Reparationskommission davon verspreche, da alle Reichsminister samt dem Reichspräsidenten weniger kosteten als zwei Generale der Entente. Das Danaidenfäß der Wiedergutmachung sei mit all dem guten Willen des deutschen Volkes nicht zu füllen, schon gar nicht, wenn es ständig in seiner Arbeit und Nervenruhe bedroht oder gestört und sein Recht der staatlichen Selbstbestimmung angefaßt werde.

Daß sich die Herren von Paris diese Wirtenswahrheiten zu eigen machen, muß nach aller Erfahrung mit ihnen bezweifelt werden. Wir glauben schon den Widerhall auf die Rede des Reichskanzlers zu vernehmen, glauben den Eingang der Boulevardpresse von den anmaßenden Tontönen und den Ruf der Rumpelkammer des Nationalismus nach Sanktionen gegen Deutschland zu hören. Daß unter solchen Umständen, wo die Vernunft in so stradem Gegensatz zu dem Diktat der Sieger steht, noch an die Ersprießlichkeit der Genuefer Konferenz gedacht werden darf, muß man verneinen. Nach drei Jahren Konferenzen, Abmachungen, Verständigungen, Drohungen und viel süßlichen Reden sind die Völker genau so weit wie vorher. Es wird somit aufs neue bestätigt, was hier schon wiederholt gesagt worden ist, daß die kapitalistische Gesellschaft mit ihren Regierungen nur Unheil und Schwierigkeiten erzeugen kann, aber zur Verhütung und Lösung gänzlich außerstande ist.

### Solidarismus

Der Solidarismus, die tatkräftige, gegenseitige Unterstützung in allen Wechselfällen des Lebens, der Tatfolidarismus, der aus dem Gefühl menschlicher Gemeinschaft erwächst, ist zweifellos die edelste Blüte am Baume der Menschheit. Er hat seine Quelle in dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, in der Überzeugung, daß wir Menschen im Grunde genommen doch alle eine große Familie bilden, in der alle Glieder sich brüderlich und schweherlich zur Seite stehen sollen. Goethe hat das Wort geprägt: „Selbst sei der Mensch, hilfsreich und gut, denn das unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen.“ Und der altgriechische Sozialphilosoph Plato hat gesagt: „Die allumfassende Liebe, die uns lehrt, wie lieb und verwandt der Mensch dem Menschen ist, muß über dem menschlichen Zusammenleben schweben herzlicher und strahlender als der Morgen- und Abendstern.“ Aber diese Mahnungen sind wirkungslos verhallt, sie sind abgeprallt an dem Panzer der Selbstsucht und Habgier, der die Menschenbrust einschmürt, nur hier und da sehen wir, wie die zarte Blume Solidarismus sich durch das Eis des Menschenherzens hindurchzwängt. Und dann freuen wir uns, weil in uns die Hoffnung und die freudige Gewißheit erwacht, daß doch einmal eine Zeit kommen wird, in der nicht mehr die Eigenliebe, sondern die Menschenliebe unserem Zusammenleben den Stempel aufdrückt.

Das Gefühl der Zusammengehörigkeit finden wir schon in Ursprüngen der Menschheit. Die Menschen, die demselben Mutterboden entsprossen waren (Solidarismus kommt her von dem lateinischen Worte solidum, das heißt der Boden), die Stammesgenossen, die durch die Bande des Blutes zusammengeschlossen

waren, fühlten ihre innere Verwandtschaft und Zusammengehörigkeit. Sie empfanden instinktiv, daß sie auf ihre gegenseitige Unterstützung und Hilfe angewiesen waren, wenn sie den schweren Kampf ums Dasein siegreich bestehen wollten, und darum hielten sie wie Weh und Schweißel zusammen. In den ursprünglichen Bluts- und Familiengemeinschaften war der Solidarismus überaus stark ausgeprägt. Das Stammesgefühl beherrschte das Denken und Wollen, wenn einem Genossen ein Unrecht geschah, so war das gerade, als wenn es allen geschehen wäre, der außerhalb der Familie, des Stammes, Stehende war ein Feind, der bekämpft wurde. Noch heute finden wir Überreste davon in den Landsmannschaften und den Heimatbünden, noch heute fühlt sich ein Mensch bei seinen Landsleuten heimischer als bei Fremden. Die Heimatliebe, die heimischen Bräuche, Sitten und Gewohnheiten, die gemeinsamen Erlebnisse und Erinnerungen ketten die Menschen aneinander.

Allmählich erweiterte sich der Begriff Heimat zu dem Begriff Vaterland. Durch die verbesserten Verkehrsbedingungen fielen die Schranken, die die Bewohner eines Landes voneinander trennten, die Menschen lernten sich kennen, und im Laufe der Zeit wurden sie sich der Tatsache bewußt, daß sie Glieder ein und desselben Volkes waren, die Freude und Leid gemeinsam erlebten. Jetzt entstand der Volkssolidarismus, der in dem Schillerwort seiner Ausdrucks findet: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ Die Volksgenossen, die verbunden waren durch dieselbe Sprache, die gemeinsame Geschichte, durch die gleichen Interessen, wollten den Kampf um die Existenz gemeinsam führen. Aber schon zeigten sich hier und da Ansätze zum Weltbürgertum und infolge der Weltwirtschaft machte sich in weitschauenden Köpfen der Gedanke bemerkbar, daß auch über die Landesgrenzen hinaus die Menschen zusammenhalten müssen, weil durch die gegenseitige Unterstützung der Völker jedes einzelne Volk seinen Vorteil am besten wahr. Dieser Zug zum Weltsolidarismus hat allerdings durch den unglückseligen Weltkrieg einen argen Stoß erlitten, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er wieder erwachen und sich durchsetzen wird. Der Gedanke der Völkerverbrüderung und der Völkerverbrüderung, der heute durch den engherzigen Nationalismus und Chauvinismus verbunkelt wird, läßt die Herzen höher schlagen und schwebt uns als Zukunftsjiel vor Augen.

Bekanntlich stoßen wir innerhalb ein und desselben Volkes, das nach außen hin den Eindruck einer geschlossenen Einheit macht, auf scharfe Gegensätze. Schon vor Jahrtausenden haben sich die Klassen gebildet, die sich untereinander auf das erbitterteste bekämpften. So entwickelte sich naturgemäß neben dem Klassen-solidarismus der Klassen-solidarismus, der die Angehörigen ein und derselben Klasse zu einer Kampfgenossenschaft auf Gebeih und Verderb zusammenschließt. Man braucht nur in die Vergangenheit und Gegenwart hineinzublicken, um zu sehen, wie fest die Angehörigen der besitzenden und bevorrechtigten Klasse zusammenstehen, wenn es gilt, ihre Interessen zu vertreten. Mögen sie sich untereinander auch noch so sehr um die Beute streiten, wenn es darauf ankommt, gegen die Unterschichten vorzugehen, bilden sie jedesmal eine Einheitsfront. Das ist eine Tatsache, die sich die Unterschichten zur Warnung und Lehre dienen lassen sollten.

Neben dem Solidarismus der Oberschichten beobachten wir immer deutlicher den proletarischen Klassen-solidarismus. Schon im Altertum, in den Sklavensuständen, tritt dieser Solidarismus zutage. Die rechtlosen Sklaven, die unter dem Joch der Knechtschaft seufzten, empfanden ihr gemeinsames Schicksal und darum scharten sie sich zusammen, um sich zu befreien. Aber sie waren damals nicht imstande, große Organisationen zu bilden, weil ihnen keine Verkehrsmittel zu Gebote standen; sie waren innerlich zerklüftet, weil sie aus aller Herren Länder zusammengeholt waren. So blieben sie denn ein bunt zusammengefügter Haufen voll Leidenschaft und Kampfesmut. Ungeklärt, unauferklärt, unorganisiert wie sie waren, vermochten sie ihre Feinde, die geschlossen dastanden, nicht zu überwinden, so daß all ihre heldenmütigen opferreichen Kämpfe erfolglos bleiben mußten.

In der Gegenwart ist das wesentlich anders geworden, weil die Proletarier infolge des entwickelten Verkehrs und der Großbetriebe näher miteinander in Verbindung getreten sind. Zunächst entwickelte sich hier der Gruppen-solidarismus, indem die Angehörigen desselben Gewerbes sich zusammenschlossen und um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpften. Es entstanden die einzelnen Gewerkschaften, deren Mitglieder sich gegenseitig halfen und unterstützten. Besonders bei Streiks und Ausperrungen zeigte sich der gewerkschaftliche Solidarismus im hellsten Lichte. Es galt als ein Verbrechen und eine Schande, den kämpfenden Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen, im Gegenteil, es war die höchste Pflicht, sie moralisch und materiell in jeder Weise zu unterstützen. Allmählich gingen die einzelnen Gewerkschaften eine nähere Verbindung miteinander ein. Sie erkannten die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und zogen daraus die entsprechenden Folgerungen, indem sie sich gegenseitig Hilfe und Förderung angedeihen ließen. Die eine Gewerkschaft unterstützte die andere in der festen Gewißheit, daß auch sie die gleiche Unterstützung finden würde, falls sie in eine schwierige Lage geraten sollte. Darüber hinaus erwachte auch der internationale Solidarismus, der aus der stets wachsenden Erkenntnis entspringt, daß die Proletarier aller Länder gemeinsame Interessen zu vertreten haben gegenüber ihrem gemeinsamen Feinde, dem ausbeuterischen Kapitalismus. Erfreulicherweise können wir feststellen, daß der proletarische Solidarismus innerhalb der einzelnen Länder und über die Landesgrenze hinaus fortwährend in der Zunahme begriffen ist. Zweifellos wird die Not der Zeit die Proletarier national und international immer fester zusammenschweißen.

Es ist im Wesen des Solidarismus begründet, daß er auf Gegenseitigkeit beruhen muß. Ein einseitiger Solidarismus ist



ein Linding, denn es wäre ein Schmarozertum schlimmster Sorte, wollte man die Hilfe anderer Menschen für sich in Anspruch nehmen, ohne selbst Solidarität zu üben.

Mann mit jugelndpften Taschen, Dir tut niemand was zu lieb, Hand wird nur von Hand gewaschen, Wenn du nehmen willst, so gib!

Darum ist noch eine große Erziehungsarbeit nötig, damit der Solidarismus aus einer Gefühlsache zu einer Tatsache wird. Manche Menschen tragen den Solidarismus im Herzen und auf den Lippen, aber wenn es darauf ankommt, ihn durch die Tat zu beweisen, so verlagen sie.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der Einzel-Solidarismus wenig Zweck hat. Es ist ja ganz schön, wenn der einzelne Proletarier seinem notleidenden Kollegen und Genossen gelegentlich hilft, aber das ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Wirtschaftsstand

Die verhältnismäßig günstige Lage des deutschen Arbeitsmarktes und der außerordentlich lebhafte Eingang neuer Aufträge in der deutschen Industrie hatten in den letzten Wochen die Sorgen vor einem Zusammenbruch der Konjunktur etwas zerstreut und neue Hoffnungen erweckt.

Das alle diese Erscheinungen in einem Lande möglich sind, dessen gewerbliche Produktion aufs äußerste gesteigert wurde und dessen Warenexport durch die Markterweiterung täglich von neuem angefeuert wird, zeigt wie ungehend die wirtschaftliche Lage in Deutschland zurzeit wirklich ist.

Denartige Vorgänge sind ein Hohe auf all das, was in den letzten Monaten über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft, über die Stabilisierung der deutschen Währungsverhältnisse usw. geschrieben wurde.

Der Arbeitsmarkt im März

Im ersten Vierteljahr 1922, ganz besonders im Monat März, hat sich die Lage des deutschen Arbeitsmarktes von Woche zu Woche ganz wesentlich gebessert. Der Beschäftigungsgrad der Industrie ist auf den meisten Gebieten nahezu bis zur Grenze der europäischen Weltwirtschaft zurückgekehrt.

Table with columns: Arbeitslose, Januar, Februar, auf je 1000 Einwohner kommen Arbeitslose. Rows: Groß-Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, München, Stuttgart, Krefeld.

Der flotte Geschäftsgang erstreckt sich gegenwärtig fast gleichmäßig auf alle Gewerbezweige vom Kohlenbergbau bis zur Feinmechanik. Ein geringes Abflauen der Konjunktur zeigt sich nur in den Zigarren- und Zigarettenfabriken und bei einzelnen Waggonbauanstalten.

Helf!

Die Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die nach Rußland gesandt wurde, um dort das Hilfsnetz der europäischen Arbeiter für ihre russischen Brüder in die Hand zu nehmen, ist aus Chwasch nach Moskau zurückgekehrt.

1 200 000 Kilo Nahrungsmittel — die Sendung der europäischen Arbeiter — wurden im Chwaschgebiet unter 40 000 Kinder verteilt. Damit ist jedem dieser Kinder für sechs Wochen eine tägliche Ration von 1 Pfund Mehl und eine gewisse Quantität von Zucker und Fett gesichert.

250 000 Kinder sind derzeit von der Hungersnot betroffen. Dazu kommen noch eine halbe Million Erwachsene, die ohne Aussicht auf Rettung dem Hungertod nahe sind, der für die Mehrzahl im kommenden Herbst unausbleiblich ist.

In ganz Rußland sind 30 Millionen Arbeiter und Bauern von der Hungersnot betroffen und täglich rafft der Tod Tausende hinweg. Diese hungernden Millionen haben sich bis jetzt noch selbst am Leben erhalten können, indem sie sich mit Brot nähten, das sie sich aus Lehm und Stroh bereiteten.

Nun ist auch der Vorrat dieser Surrogate erschöpft. Männer, Frauen und Kinder sind von der vollkommenen Ausrottung bedroht. Wie in anderen Hungergegenden Rußlands, kommt es auch im Chwaschgebiet vor, daß Mütter ihre Kinder erwürgen, Kinder ihre Eltern töten und Fälle von Kannibalismus sich ereignen.

Genossen! Die vom Hungertod bedrohten russischen Arbeiter und Bauern wenden sich an Euch um Hilfe. Sie wissen, daß die Not auch bei Euch zu Hause ist, aber sie glauben, daß die Arbeiter Europas sie in der Stunde der äußersten Not nicht verlassen werden.

Helf, bevor es zu spät ist. Helf, solange Euch noch Gelegenheit gegeben ist, Menschenleben zu retten!

Jeder kleinste Betrag verhilft dazu, ein Kind dem Tod zu entreißen.

Bringt die nötigen Summen auf! Gebt jeden Monat einen Anteil von Eurem Lohn! Jedes durch die europäischen Arbeiter gesendete Kind erweist die internationale Solidarität der Arbeit und ist eine Gewähr für den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse!

Die Leuerung im besetzten Gebiet

Es ist in der letzten Zeit weiten Kreisen wiederholt an der Hand einwandfreier amtlicher Ziffern vor Augen geführt worden, welche ungeheure finanzielle Belastung für das Deutsche Reich die Unkosten der fremden Besatzungstruppen in Westdeutschland und in Oberschlesien bedeuten.

Table with columns: Reichsdurchschnitt, 1921, 1922. Rows: Köln, Düsseldorf, Aachen, Trier, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Barmen.

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß die Indizes der Städte der besetzten Gebiete und deren nächster Nachbarstadt durchweg bedeutend über den Reichsdurchschnitt liegen. Die galmarischen Indizes sind hierbei insofern von besonderem Interesse, als der Berechnung des Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie die dreifache Verzinsungsrate eines deutschen Marinesoldaten der Vorkriegszeit, die bekanntlich wesentlich besser war als die des Anzeigensoldaten, zugrunde gelegt wird.

Unsere Arbeitslage

Nach Befehl des Vorstandes soll infolge der gegenwärtigen geringen Arbeitslosigkeit von den hochschätzlichen Berichten vorläufig Abstand genommen werden und vorerst nur aussätsliche Berichte über unsere Arbeitslage in der Metallarbeiter-Zeitung erscheinen.

Die Beschäftigung gestaltete sich wie folgt:

Table with columns: Berichtswache, Vormoche, Betriebe, Arbeiter. Rows: Vollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeiter.

Die Zahlen ergeben, daß sich gegen die Vormoche die verlorzt arbeitenden Betriebe und Arbeiter weiterhin vermindert haben. Die Senkung der Kurzarbeiter ist aus folgenden Darstellungen zu ersehen:

Table with columns: Woche vom 25. Februar bis 2. März, 2. bis 9. März, 9. bis 16., 16. bis 23. Rows: 19915 = 0,84%, 12584 = 0,60%, 10950 = 0,52%, 10555 = 0,50%

Einen Rückgang haben in dieser Woche die Bezirke Hannover, Frankfurt und Stuttgart zu verzeichnen. Die Dauer der Kurzarbeit ergibt folgendes. Es arbeiteten:

Table with columns: Stunden, Betriebe, Arbeiter. Rows: 42 bis 45, 36 bis 41, 32 bis 35, 24 bis 31, unter 24.

Aber Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3213 Betriebe mit 260 076 Arbeitern. Nach Meldungen der dortigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind 716 Betriebe mit 164 189 Arbeitern. Verlorzt arbeiten 8 Betriebe mit 5238 Arbeitern. In der Vormoche 24 Betriebe mit 6642 Arbeitern.

Von 1614680 Mitgliedern waren 9517 arbeitslos, 6848 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 2268. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

Table with columns: Woche vom 25. Februar bis 2. März, 2. bis 9. März, 9. bis 16., 16. bis 23. Rows: 0,94%, 0,68%, 0,55%, 0,59%

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 116277 M. ausbezahlt.

Schwerbeschädigte als Gewerkschafter bei Streiks

Schwerbeschädigte, das heißt solche Arbeitskollegen, die infolge Verlustes eines Gliedes oder stark geschwächter Gesundheit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig sind, bedürfen des besonderen Schutzes des Gesetzes. Das Gesetz über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 versucht auch, den Schwerbeschädigten diesen Schutz zu gewähren.

Können wir in dem großen Wirtschaftskampfe, der eben bei den Metallarbeitern begonnen hat, die Schwerbeschädigten von ihrer gewöhnlichen Pflicht befreien? Wird ihre Befreiung von dieser Pflicht den Verlauf des Streiks ungünstig beeinflussen?

Der Zentralverband der Maschinisten u. Feizer

hatte zum 20. März den Verbandsbeitrag nach Berlin berufen, um die allgemeine Lage zu besprechen. Das Jahr 1921 schloß mit einem Mitgliederstand von 100 000 ab. Um die Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe zu sichern, wurde der Beitrag neu festgesetzt.



# WELTSCHAU

## Industriekrise in der Tschechoslowakei

### Lohnkämpfe auf der ganzen Linie in Sicht

Durch die ständige Entwertung der österreichischen Krone, er sich in der letzten Zeit die reichsdeutsche Markt angeschlossen hat, ist die tschechoslowakische Industrie sehr schwer in Mitleidenhaft gezogen worden. An sich der technisch weit besser ausgestatteten reichsdeutschen Industrie unterlegen, mußte die valutarische Begünstigung der deutschen Industrie auf alle Berufsgruppen der Tschechoslowakei vollends verheerend wirken. Trotzdem die Eisenpreise in Deutschland heraufgesetzt werden, während die tschechoslowakische Eisenindustrie Preisherabsetzungen durchführt, ist heute das tschechoslowakische Eisen immer noch mehr als doppelt so teuer wie das reichsdeutsche. Die Folge davon ist, daß keine Erleichterung der Industriekrise eingetreten ist, sondern im Gegenteil die Krise sich nur verschärft. Auch Betriebe, die bisher noch ihre Arbeiter nahezu vollständig beschäftigen konnten, sehen sich zu Betriebsstilllegung und Verminderung der Belegschaft gezwungen. So leidet fast die ganze slowakische Eisenindustrie unter einer fürchterlichen Absatzkrise. Die großen Eisenwerke von Witowitz ebenso wie die Skodawerke beschäftigen nur einen Bruchteil ihrer Arbeiter. Die Emailindustrie, die in der letzten Zeit ohnehin nie allzu glänzende Geschäfte machen konnte, geht heute immer mehr daran, die Betriebe stillzulegen.

So könnte über alle Zweige der Metallindustrie berichtet werden, ebenso aber auch über alle übrigen Industriezweige. Man kann heute die Zahl der vollständig Arbeitslosen mit weit mehr als 100 000 einschätzen — sogar der offizielle Bericht über die Anzahl der Empfänger der staatlichen Unterstützung, die bekanntlich immer niedriger ist als die Zahl der tatsächlich Arbeitslosen, spricht von rund 50 000 Arbeitslosen — während die Zahl der Kurzarbeiter in die Hunderttausende geht.

Die Ursachen der Krise sind vor allem internationaler, teilweise nationaler Natur. International wirken sich in der tschechoslowakischen Volkswirtschaft die durch die unsinnige Reparationspolitik der Entente bewirkten valutarischen Mißverhältnisse aus, ebenso schädigt die Ausschaltung Rußlands aus der Weltwirtschaft auch die tschechoslowakische Industrie, die gerade in Rußland große Absatzgebiete finden könnte. Aber diese Seite der internationalen Wirkungen schlägt schon in die nationalen hinein. Die Tschechoslowakei fühlt heute als Vasall Frankreichs, als der ganzen französischen Politik. Obwohl nach dem letzten amtlichen Ausweis des Jahres 1920 Deutschland in einem ganz hervorragenden Maße am Außenhandel der Tschechoslowakei teilnahm — es wurden für nicht weniger als 5 601 603 000 Kronen aus Deutschland Waren eingeführt, während nach Deutschland nur 3 330 677 000 Kronen Waren ausgeführt wurden —, sind die wirtschaftlichen Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland immer mehr sehr „korrekt“ gewesen. Das heißt, man betrachtet Deutschland immer noch mehr oder weniger als Kriegsfeind und hat sich bisher auf tschechoslowakischer Seite nicht die geringste Mühe gegeben, bei der Entente seinen Einfluß zugunsten der wirtschaftlichen Gesundung, die nur durch eine Änderung der Reparationspolitik zu erreichen ist, auszuüben. Und doch wäre dies ein all dringlichster Notwendigkeit gerade für die Tschechoslowakei. Denn deren Geschichte sind wirtschaftlich mit denen Deutschlands verflochten. Je tiefer die deutsche Markt sinkt, um so weniger Aussicht hat die tschechoslowakische Industrie, jemals auf einen grünen Zweig zu kommen. Ebenso wie die Tschechoslowakei sehr daran interessiert ist, daß man endlich einmal Rußland gegenüber eine Politik der Vernunft einschlägt. Statt dessen verhält sich das tschechoslowakische Außenministerium nicht einmal „korrekt“ und der Herr Benes fühlt sich als Außenminister sogar noch verpflichtet, in Europa für die französische Auffassung Reklamereien zu unternehmen, wonach man Rußland zwar wirtschaftlich ausbeuten, politisch aber nicht anerkennen soll. Das sind alles Folgen der typischen frankophilen Einstellung der tschechoslowakischen Politik.

Nun sucht natürlich das Unternehmertum die Folgen solcher schädlicher Wirtschaftspolitik auf das Proletariat abzuwälzen. Das soll zunächst geschehen durch eine Schwächung seiner Reihen. Deshalb ging das Streben der Industriellen in erster Linie darauf aus, die Organisationen der Arbeiterschaft zu zerplündern. Dieser Zweck sollte erreicht werden durch die Schaffung oder Wiederverwendung der gelben Organisationen. Es wurden ganz politische „Gewerkschaften“ von den tschechischen Nationaldemokraten, der Partei der Schwerindustrie und des Bankkapitals gegründet, mit denen man die Arbeiterreihen zu zerreißen glaubte. Die Spekulation ist natürlich daneben gegangen. In Pilsen, wo sie in den Skodawerken einzubringen versuchten, haben sie unter 14 000 Arbeitern ganze 47 Subjekte gefunden, die für die gelbe Verräterei zu haben waren. Es kam dazu, daß sie mit Gewalt aus dem Betriebe hinausgeführt wurden.

Allgemein unternimmt heute das Unternehmertum einen Angriff auf die Arbeiterschaft. Der erste Akt des Angriffs bestand in der Festigung der eigenen Reihen: während bisher die Organisationen der Unternehmer national gespalten waren, haben sie sich nun zu einem Kartell zusammengeschlossen und gehen in allen Fragen gemeinsam vor. Demgegenüber ist die Arbeiterschaft gespalten, zunächst in nationale Gruppen, die freilich bei der Abwehr der Unternehmerangriffe solidarisch vorgehen. Im Bergbau, in der Glasindustrie und bei den Eisenbahnen ist ein förmlicher Koalitionsvertrag zwischen den deutschen und tschechischen Organisationen geschlossen worden, während ein solches Abkommen bei den Metallarbeitern leider noch nicht besteht. Hierzu kommen noch die verheerenden Folgen der kommunistischen Spaltungspolitik.

So wädhnen die Unternehmer mit ihren Lohnabbauversuchen leichtes Spiel zu haben. Bislang waren ihnen nun freilich bloß mäßige Erfolge beschieden. So im Bergbau, wo der Versuch durch einen einwöchigen Generalstreik abgewiesen wurde; in der Glasindustrie, wo seit einer Woche 60 000 Mann gegen eine Lohnkürzung (bis zu 40 v. H.) im Kampfe stehen, dürfte es den Unternehmern nicht besser ergehen.

Die dritte große Gruppe, die Metallarbeiter, soll nun an die Reihe kommen. Der Verband der Metallindustriellen in Prag hat am 23. Februar den Arbeiterorganisationen mitgeteilt, daß er mit 31. März die Lohnbestimmungen des Kollektivvertrages vom 14. Juni 1921 kündigt. Gleichzeitig legte er einen neuen Entwurf vor, nach dem die bisherigen Feuerungszulagen in eine einzige Zulage verschmolzen und wesentlich herabgesetzt werden sollen. Diese Herabsetzung würde etwa 20 v. H. betragen. Von der Herabsetzung sollen alle Gelehrten, ohne Rücksicht, ob sie in Lohn oder Akkord arbeiten, ferner alle Un-

gelernten sowie Hilfsarbeiter und Frauen betroffen werden. Auch bei der Akkordarbeit schlägt der Unternehmerverband neue Bestimmungen vor. Wenn diese Bestimmungen in Kraft treten sollten, würden sie den Unternehmern vollständig freie Hand lassen, daß sie jederzeit „mit Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit“ oder „wenn im Vergleich zu einer ähnlichen Arbeit einzelne Ansätze zu hoch wären“, ohne weiteres die Akkordsätze heruntersetzen können.

Die Kündigung des Lohnvertrages betrifft alle metallindustriellen Betriebe Mittelböhmens. Hier handelt es sich um 45 000 Arbeiter. Der Metallindustriellen-Verband Nordböhmens (mit 120 Firmen und 15 000 Leuten) hat gleichfalls, und zwar am 15. März zwecks Lohnabbau die Verträge gekündigt. Ihm sind die Unternehmer des nordmährischen Gebietes mit der Kündigung des Abkommens gefolgt. Hier kommen etwa 50 000 Arbeiter in Frage.

Die Unternehmerverbände begründen ihr Vorgehen mit den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen und der Unmöglichkeit weiteren Wettbewerbs. Daß es der Arbeiterschaft noch schlechter geht, müssen sie offenbar nicht. Unter der Arbeitslosigkeit leidend, vielfach drei oder vier Tage in der Woche arbeitend, lebt heute die Arbeiterschaft unter den ungünstigsten Bedingungen. Diese Seite der Wirtschaftskrise übersehen die Unternehmer bewußt.

Die Arbeiterschaft der Metallindustrie wird und kann nicht mit einer Herabsetzung der ohnehin viel zu niedrigen Löhne einverstanden sein. Sie wird sich allen ähnlichen Bestrebungen entgegenstellen und sich zur Wehr setzen. Solange die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft keine wesentliche Verbesserung erfahren, solange darf es auch nicht zu Lohnherabsetzungen kommen, soll nicht die Existenzmöglichkeit von Tausenden von Arbeitern und ihrer Familien vernichtet werden.

Die Metallarbeiter der Tschechoslowakei stehen somit vor ernstlichen Ereignissen. Sie und ihre Organisationen sind vorbereitet. Werden die Unternehmer mit ihrem unbegründeten Vorgehen einen großen Kampf herausbeschwören, dann fällt die Verantwortung dafür einzig und allein auf sie. J. B.

## Ein horthy-ungarischer Christ

Wer terrorisiert, fragt Der Deutsche Metallarbeiter, das Blatt des Christlichen Metallarbeiterverbandes, in seiner Nummer vom 4. März und knüpft daran eine für uns und unsere ungarischen Kollegen etwas unfreundliche Betrachtung über den „roten Terror“, die so anfängt:

„Ein Spezialgebiet, auf dem sich rote Feilschinder austoben, ist Ungarn. Evident, weil es ziemlich weit von Deutschland liegt, und zweitens, weil eine gewisse deutsche bürgerliche Presse den Sozialistenblättern freudig „Nachrichten“ übermittelt. So konnte denn auch nicht die sozialistische Metallarbeiter-Zeitung umhin, über die christliche Arbeiterbewegung in Ungarn einen Kübel Unrat auszugießen, vor allem aber mit Verleumdungen um sich zu werfen, als ob die christlichen Gewerkschaften Ungarns die bei den Roten so beliebte Waffe des Terrors auch anwendeten.“

Unser Kollege Antner, Budapest, der Vorsitzende des Christlichen Metallarbeiterverbandes, schreibt uns zu dieser Angelegenheit:

„Unser Kollege Antner, Budapest“, schreibt fünf Duzend Zeilen lang und vermag übermäßig, daß die Schriftleitung des christlichen Metallarbeiters aus „Eigennutz“ hinzusetzt: „Ob die Metallarbeiter-Zeitung Veranlassung nimmt, ihre verzapften Unwahrheiten über die christlichen Gewerkschaften richtig zu stellen, wollen wir abwarten.“ Hierauf haben wir der christlichen Kollegin in Duisburg zu erwidern, daß wir keine Veranlassung haben, irgend etwas zurückzunehmen, zumal nicht auf die Darstellung „unserer Kollegen Antner, Budapest“ hin, aber noch vieles hinzuzusetzen. Die geschätzte Duisburger Kollegin kennt offenbar nicht die Naturgeschichte ihres ungarischen Blutzeugen, ansonsten sie dessen Zuschrift wohl nicht verwertet hätte. Oder doch? Wie dem auch sei, wir wollen ihre Wissenschaft ein wenig bereichern:

„Unser Kollege Antner, Budapest“ war bei Ausbruch der Diktatur Beschäftigter auf einem Monitor und gleichzeitig kommunistisch-politischerbeauftragter. Als solcher erstattete er einige Tage vor Ausbruch der Gegenrevolution (24. Juni 1919) Meldung, daß man sich am Monitor zur Gegenrevolution rüste. Am Nachmittag des 24. Juni aber lenkte er ein solch gegenrevolutionäres Schiff und ging damit zu den Zugofluben hinüber. Die Wachschiffen Antners mit einer angeblichen Delegation des österreichisch-kommunistischen Soldatenrates und den Vertrauensmännern der ungarischen Eisenarbeiter wollen wir heute übergehen und nur noch beifügen: Nach dem Sturz der Häteregierung trat unser kommunistischer Beauftragter, um mit heiler Haut wegen seinen kommunistischen Taten zu entkommen, zu den Christlichsozialen über und belam als solcher eine Geistesstelle in der Budapester Bezirkskrankenkasse, das heißt, er biß einen alten organisierten Genossen aus seiner Stellung. Später wurde er Sekretär des Christlichsozialen Eisenarbeitervereins.

Nun behauptet dieses Prachschind von einem ungarischen Christen in seiner Zuschrift an den Deutschen Metallarbeiter:

„Im Herbst vorigen Jahres war ich 6 Wochen in einer vom Ministerium des Innern (nach dem Internierungslager Gálacsger) entsandten Kommission tätig und habe die Befriedigung (!) von über 400 Menschen gefördert.“

Darauf ist zu sagen, daß Antners Rolle in Gálacsgerger außer dem Hien und Trinten darin bestand, daß er als Statist bei einem Verhör teilnahm, das dort ein Ministerialrat vornahm. Infolge dieser Unternehmung ist kein einziger Arbeiter befreit worden. Dies behauptet nun auch „unser Kollege Antner“ gar nicht, er hat ja nur die Befriedigung von 400 Menschen gefördert“. Was das wohl in christlichsozialem Jargon heißen mag?

Von unserer christlichen Kollegin in Duisburg wollen wir bis zum Beweis des Gegenteils nicht annehmen, daß sie vom Pfad des achtten Gebotes abgewichen ist, sondern daß sie von der Vergangenheit „unserer Kollegen Antner, Budapest“ nichts gewußt hat. Um sie vor weiterer Fälschung zu bewahren, sei noch folgendes mitgeteilt: Nach dem Sturz der Diktatur rief die Regierung Friedrichs die Christlichsozialen, die vorher nicht bestanden, ins Leben und ließ ihnen ihre blutige Hand. Mit dieser Unterstützung übten dann die Christlichsozialen in der Lokomotivfabrik und den Werkstätten der ungarischen Staatsbahnen und bei den Straßenbahnen auf die sozialdemokratischen Kollegen eine, milde ausgedrückt, zügellose Judringlichkeit aus. Der christlichsozialen Derogationsamt fielen 200 alte Arbeiter zum Opfer. In diesen Betrieben wurden die Beiträge für die christlichsozialen Organisationen amtlich abgezogen (in den Zigarrenfabriken geschieht das übrigens noch heute). Diefelbe zügellose Judringlichkeit in Gd, Galgotarjan und anderen Bergwerklokalitäten, wo demzufolge die sozialdemokratischen Gewerkschaftsgruppen anderthalb Jahre nicht wirken konnten.

Freilich, durch all diese Nachschafften ist nicht viel Seide auf die christlichsoziale Spule gebracht worden. Trotz der amtlichen Güte eines blutigen Regiments haben die Christlichsozialen in den Werkstätten der ungarischen Staatsbahnen etwa 150 bis 200 Mitglieder, bei den elektrischen Straßenbahnen etwa 200, in der Gewerkschaft 12, in der Gsepeler Munitionsfabrik 20 bis 25. Man kann ihre Gesamtmitgliedschaft in Budapest und Umgebung auf 1000 einschätzen.

Damit glauben wir die Erwartung unserer christlichen Kollegin ziemlich erfüllt und in der deutschen Metallarbeiterschaft die Kenntnis über die horthy-ungarische christlichsoziale Bewegung vernebelt zu haben.

## Wie es in Rußland geht

Wir erhalten ein Schreiben von einem früher in deutscher Gefangenschaft befindlichen Russen, der jetzt in einer amtlichen Stellung in Rußland ist. Der Brief ist am 27. Februar 1922 in Charkow geschrieben und mit 5000 Rubel frankiert. Unter Weglassung des Persönlichen sei der Inhalt ungekürzt hierher gesetzt. Er lautet:

Ich verlese drei Posten und verleihe dadurch 2 Millionen Rubel einschließlich der Beförderung, die in Menge und Güte fortwährend wechselt. Streng genommen ist es unmöglich, alles in Geldzahlen darzustellen, da sich der Geldwert ungestüm und schnell ändert. Es sind neue Geldscheine herausgegeben, von denen ein Rubel gleich 10 000 bisiger Rubel ist. Die Finanzsache steht sehr schlecht, ebenso die Beschäftigungssache. Wie es scheint, erreicht die Hungersnot eine nie dagewesene Größe. Man ist Veichname, sogar Menschen. In den unter der Hungersnot leidenden Gebieten stirbt die Bevölkerung massenhaft aus. Die Hilfe ist vollkommen mangelhaft und schlecht organisiert.

Die Preise steigen oft um 50 v. H. an einem Tage, so daß die Frage nach den Lebenskosten schwer beantwortet werden kann. Jedenfalls ist mein dreifaches Gehalt durch die mangelhafte und verspätete Auszahlung nicht vollständig. So habe ich erst heute das Gehalt von einer Behörde für Oktober/Dezember erhalten, wodurch es 75 bis 80 v. H. weniger Wert hat. Das ich bekommen ist so ungenügend, daß ich nicht so leben kann wie im (deutschen) Gefangenenlager.

Es ist gut, daß der Winter vorüber ist. Die Kälte war nicht sehr groß, aber der große Mangel an Kohlenstoff wurde sehr gefühlt. Zeitweise konnte man im Zimmer nicht schreiben.

Sie interessieren sich für unsere Volksschulbildung. Schulen gibt es wenig, Lehrer sehr viel; aber es ist eine Frage, was die letzteren tun. Das Volksschulministerium wendet dieser Sache wenig Aufmerksamkeit zu. Der Eisenbahnverkehr ist beinahe ohne Veränderung. In der Grenze lag ich zwei Tage, auf der nächsten Station einen Tag, in Moskau, wo ich einen Tag Aufenthalt nahm, mußte ich auf dem Bahnhof eine Woche auf die Abfahrt warten. Zwei Tage dauerte dann das Einsteigen und Warten auf die Inangabe des Zuges. Dann fuhr ich zwei Tage lang, fast immer liegend, nach Charkow.

Die Post läßt sich schon nach dem Stempel auf diesem Brief beurteilen. Einmal bekam ich einen Stadtbrief, der brauchte drei Wochen, um mich zu erreichen. Und das ist noch wenig. Dieser Tage erhielt eine Behörde eilige Dienstbriefe, die im Oktober abgeschickt worden waren.

Nun fragen Sie nach der Sittlichkeit der russischen Bürger. Es gibt eigentlich keine. Völliger Rechtsmangel. Jeder sorgt nur für sich und noch einmal für sich. Wie führen Krieg gegeneinander. In erster Linie steht der Magen. Der steht über allen andern Dingen. Dem gegenüber sind alle übrigen Dinge gleichgültig. Das Elend ist ungläublich. Im hungernden, aussterbenden Charkow fallen die Menschen vor Erschöpfung hin, niemand kümmert sich darum. Sie sterben und werden am nächsten Tage von einem Wagen, der dafür bestimmt ist, entleert mitgenommen. Es gibt Orte, wo man die Leichen nicht begraben kann. Man stapelt sie bis zum Hügel in einem großen Schuppen auf. Hungernde kommen und stehen die Leichen an. Man nimmt ein Protokoll auf — das ist alles. Überhaupt wird der Diebstahl nicht mehr als Verbrechen gezählt. Es wird demjenigen geteilt, wie man noch nie in Rußland sah. Wirklicher Raub bei allen wirtschaftlichen Behörden. Vieles ist unverfänglich, wenn man es nicht mit eigenen Augen gesehen hat. Und merkwürdig, es gibt weder Verzagtheit noch Verzweiflung. Wir sind müde, unmensächlich müde geworden, und darum für alles so gleichgültig. Diese Müdigkeit wirkt auf mich am meisten. Sehr oft sinken mir die Hände nieder. Ich drücke Ihre Hand. Ihr...

## Für Auswanderer

Die wirtschaftliche Krise in Niederländisch-Indien, die nicht nur im Weltkrieg und seinen Folgen ihre Ursachen hat und deren Anfänge schon zehn Jahre vor dem Kriege zurückliegen, ist noch immer im Wachstums begriffen. Lohnherabsetzungen in ungläublicher Höhe, namentlich an den Eingeborenenlöhnen, haben stattgefunden und finden noch weiterhin statt. Entlassungen von Europäern sind gleichfalls erfolgt und noch nicht abgeschlossen. Auswanderung dahin ist also nicht zu empfehlen.

Zur Einwanderung von Ausländern nach Peru nehmen die beiden bedeutendsten Zeitungen des Landes in bemerkenswerter Weise Stellung, und zwar erklären sie sich übereinstimmend dagegen, weil die Regierung bisher nicht das geringste getan habe, um namentlich europäischen Ansiedlern ein wirtschaftliches Fortkommen zu ermöglichen. Es fehle in den zu besiedelnden Teilen des Landes an Bewässerung, Sanierung und Verkehrsverbindungen.

Aus dem Reichswanderungsamt, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 71, wird nachfolgendes mitgeteilt:

In fast allen überseeischen Ländern herrscht heute eine schwere wirtschaftliche Krise, welche den auf gut Glück nach Übersee reisenden Deutschen direkt ins Unglück bringt. In Argentinien wirkt beispielsweise der Rückgang der Landwirtschaft verheerend auf den ganzen Handel. Durch den Ausfall der europäischen Kaufkraft ist die Nachfrage nach argentinischen Landeserzeugnissen derart zurückgegangen, daß die großen Grundbesitzer oft nicht die notwendigen Betriebsgelder in die Hand bekommen. Im Vordergrund des Interesses für überseeische Länder stehen heute immer noch Brasilien und Venezuela.

Über die Emigrationsmöglichkeiten in jenen Ländern erhält das Reichswanderungsamt fortlaufend die genauesten und zuverlässigsten Mitteilungen. Wenn Auswanderergruppen in Frage kommen, muß zuerst eine Sicherheit geschaffen werden für die Unterbringung von Familien bei der Ankunft und deren Lebensunterhalt bis zum ersten Erwerb. Eine Voraussetzung ist ferner ein erträgliches Klima und die Befähigung zur Arbeit. Fehlen diese Bedingungen, dann muß von einer Auswanderung abgesehen werden. Leider ist dies in den meisten Fällen der Grund der Abtattung und erzeugt bei allen abenteuerlustigen Auswanderungswilligen Mißklimung gegen eine Stelle, die nur Unglück verhüten will. Zu Plantagearbeiten in den Tropen ist der Deutsche nicht geeignet. Trotz Warnung sind viele Landsleute in Brasilien auf jämmerliche Weise als Arbeiter zugrunde gegangen. Eine wichtige Aufgabe des Reichswanderungsamts ist es, Deutsche, die in feste Stellung nach Übersee reifen, vor Abschluß ihrer Verträge zu beraten und sie über die klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Ziellandes aufzuklären. Dies wird allgemein dankbar anerkannt und die Zunahme derartiger Anfragen beweist die Nützlichkeit der Beratungsjstelle.

Das Reichswanderungsamt will die Auswanderung in solche Bahnen lenken, damit die Auswanderer in fremden Ländern ihr Fortkommen finden können und Deutsche bleiben, und nicht Auswanderer, sondern Kulturverbreiter werden.

## Die Einheitsfront in der jugoslawischen Gewerkschaftsbewegung

ist hergestellt worden. Bisher bestanden vier Gewerkschaftszentralen in Belgrad, Zagreb, Lubljana und Sarajewo, die nun in einer Einheitsorganisation zusammengefaßt werden. Durch den Zusammenschluß wird die Zahl der an die Amsterdamer Internationale angeschlossenen jugoslawischen Arbeiter von 25 000 auf 50 000 steigen.

## Niederlande

Der Allgemeine Niederländische Metallarbeiterverband hatte zu Anfang des vorigen Jahres 24 995 Mitglieder. Am Ende des Jahres war die Zahl auf 25 221 gestiegen. Die größte Verwaltungstelle ist in Amsterdam (3739 Mitglieder).



# Schlussbericht über die Tagung des erweiterten Beirat

Am dritten Sitzungstag (23. März) wird über den Eisenwirtschaftsbund

verhandelt. Hierzu führt Schließert (Stuttgart) aus: Die Entwicklung des EWB bedarf einer ersten Besprechung. Der Beirat hat seine Zustimmung zum Eintritt in den EWB gegeben unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Von den Seiten des EWB haben die Vertreter der Arbeiter allerdings die Hälfte; eine bestimmte Entscheidung kann aber nicht zustande kommen, weil die Unternehmer geschlossen gegen die Arbeiter stimmen und weil die Einzelheit unter den Arbeiter- und Angestelltenvertretern nicht immer vorhanden ist. Der erste Vorsitzende im EWB wird von den Unternehmern gestellt, der zweite Vorsitzende von den Arbeitern. Doch ist der zweite Vorsitzende vom Wohlwollen des ersten abhängig; ein bestimmtes Mitwirkungsrecht hat er nicht. Der Geschäftsführer des Stahlbundes ist gleichzeitig auch Geschäftsführer des EWB, so daß die Geschäfte des EWB vom Deutschen Stahlbund besorgt werden, der Organisation der Schwerindustrie. So bleibt dem zweiten Vorsitzenden jeder Einfluß verschlossen.

Der EWB soll die Preise für das Inland regeln. Die Grundlagen dazu bieten die Selbstkostenprüfungen. Diese werden vom Reichswirtschaftsministerium vorgenommen. Vor allen Dingen fehlt der deutschen Arbeiterschaft ein Überblick über die deutsche Eisenerzeugung. Produktionsziffern werden uns vorenthalten und alle Angaben der Werke werden als vertraulich bezeichnet. Dadurch ist uns jede Möglichkeit eines Einflusses auf die Verteilung des Eisens genommen. Bis zum 22. April 1921 hatten wir einen gewissen Einfluß auf die Preisgestaltung. Durch den damals gefassten Beschluß, die Höchstpreise aufzuheben, haben wir diesen Einfluß preisgegeben. Die Verbraucher-Unternehmer bringen wir nicht mehr auf unsere Seite. Sie

### fürchten den Boykott

durch die Erzeuger. Zudem ist bei der Verfüzung der deutschen Industrie überhaupt nicht mehr anzunehmen, daß die Fertigindustrie gegen die Erzeuger auftritt. Die Waggonindustrie hat dies früher einmal versucht. Durch die Fusionierungen in diesem Gewerbegebiet hat auch das aufgehört. Als wir seinerzeit vor dem Beschluß warnten, die Höchstpreise aufzuheben, wurde uns entgegengehalten, wir trieben Prinzipienerei. Auch gab der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums das Versprechen ab, daß vom Reichswirtschaftsministerium Höchstpreise wieder eingeführt würden, wenn unsere Voraussetzungen zutreffen.

Nach anfänglichem Rückgang stiegen die Eisenpreise gewaltig und sämtliche Organisationsvertreter der Arbeiter verlangten die Wiedereinführung von Höchstpreisen bei Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsminister am 1. Oktober v. J. Im Reichswirtschaftsministerium war man der Ansicht, daß es zweckmäßiger sei, wenn die Wiedereinführung von Höchstpreisen durch einen Beschluß des EWB zustande komme. Unsere Einwände, daß keine Mehrheit dafür vorhanden sei, zerstreuten die Herren im Reichswirtschaftsministerium mit der Versicherung, die Vertreter des Eisenbahngenerals und Wiederaufbauamts im EWB für die Wiedereinführung gewinnen zu wollen. In der nächsten Sitzung des EWB verlangte auch das Reichswirtschaftsministerium Höchstpreise, wurde jedoch von den sieben genannten Vertretern trotz allem Vorausgegangenen niedergebittet gegen die geschlossenen Arbeitervertreter.

Wir forderten darauf durch eine schriftliche Erklärung die Wiedereinführung von Höchstpreisen unter Hinweis auf das dem Reichswirtschaftsministerium zustehende Recht und auf das den Arbeitern seinerzeit gegebene Versprechen. Die Unternehmer haben danach die Arbeiter eingeladen, in eine Kommission des Deutschen Stahlbundes einzutreten, um sich über Höchstpreise zu verständigen. Da in dieser Kommission jede Mitbestimmung ausgeschlossen ist und wir dort keinerlei Rechte gehabt hätten, wiesen wir die Zumutung ab. In einer Sitzung der einzelstaatlichen Wirtschaftsminister in Darmstadt im November v. J. unter dem Vorsitz des RSW wurden scharfe Angriffe gegen das RSW erhoben wegen seiner Untätigkeit gegenüber der Eisenpreisgestaltung. Das RSW hielt es auch jetzt noch nicht für nötig, Höchstpreise einzuführen, und schob den Entscheid wiederum dem EWB zu.

Dem EWB präferieren wir nochmals unsere Stellung, aber bei der Abstimmung fielen die Hirsche und Christen sowie ein Vertreter des Bergbauverbundes mit und stimmten diesmal selbst gegen die Einführung von Höchstpreisen. Die Hirsche und Christen stellen lediglich die Bedingung, daß Höchstpreise festgelegt werden müssen unter Hinzuziehung von 6 Arbeiter- und Unternehmervertretern. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der IFA nahmen dazu Stellung und erklärten einstimmig eine Beteiligung an dieser Komodie für unmöglich; denn im Stahlbund wären die Arbeiter hoffnungslos in der Minderheit mit hätten nur das Recht zum Reden. Wir ließen also der Höchstpreiskommission des Stahlbundes fern. Die jetzige Entwicklung hat unserem Verhalten Recht gegeben. Heute haben wir einen

### Stabelferpreis von 7500 M

für die Lonne. Wer will eine solche Erigerung begründen? Die Christen übernahmen mit der Verantwortung und nach außen heißt es jetzt: Die Arbeiterschaft war an der Festsetzung dieses Höchstpreises mit beteiligt. Das einzige, was bei der Sache heranstam, war ein Versprechen der Unternehmer, die obere Grenze der Höchstpreise einzufassen und daß sie bei nachgewiesenen absichtlichen Verlöben eine Stufe höher stellen. Es wurde eine Besondere Kommission bestimmt; aber diese ist demotiviert, daß man den Leibel bei seiner Stimmunterverlangen würde, sofern sich überhaupt einer der Verbraucher-Unternehmer erlauben würde, Beschwerde zu erheben. Doch wird das nicht eintreten, weil jeder Käufer die Materialpreise durch die Schwereindustrie frachtet.

Wir haben die Auffassung, daß die erzeugende Industrie unter dem Einfluß der schlechten deutschen Wähta in der Entwicklung zurückbleibt. Der Preis des Kupferseils ist jetzt auf des Fache gestiegen, verhältnismäßig nicht so hoch wie die Preise der Stahl- und Hochleistungsgerätee. Da auf das über Menge des Zinkdrahtes gestiegen sind die gleiche wahnsinnige Preissteigerungen beobachtet wir bei Kupferdraht und Zinkdraht. Zinkdraht kostet heute 4300 M, Kupferdraht 5000 M. Das ist mehr als das Fache des Zinkdrahtpreises. Gerade für diese beiden Produkte künden Höchstpreise von sehr guter Wirkung sein, denn die Unternehmer behaupten, nachdem sie erst die Preise für Kupferdraht und Kupferblech in die Höhe getrieben, daß durch die hohen Preise für diese beiden Artikel die Preise für die Kupferdraht-erzeugung so hoch sein müßten.

Für die Handlungsfähigkeit besteht gleichfalls keine Bedingung mehr. Jede Kontrolle ist uns unmöglich. Für den erweiterten Beirat unseres Verbandes existiert nun die Frage, was wir tun sollen. Höchstpreise bekommen wir bei dem gegenwärtigen Verhältnis nicht. Das Reichswirtschaftsministerium lehnt die Einführung von Höchstpreisen ab und hat neuerdings sich darauf hinabgelassen, daß es bei dem geschlossenen Überhand der Unternehmer nicht möglich ist, Höchstpreise einzuführen. Wie wir einmal hat das RSW die Notwendigkeit von Höchstpreisen anerkannt, aber es hat nicht den Mut, gegen die Unternehmer vorzugehen. Wenn unsere Beteiligung am EWB überhaupt noch in Frage kommen kann, dann muß die Einführung von Höchstpreisen mit anderen Mitteln versucht werden.

Der Vorstand ist der Ansicht, daß wir nochmals einen letzten Versuch machen sollen, Höchstpreise durchzusetzen; daß wir versagen sollen, dann ist die Ersetzung eines Verbands zu erwägen. Selbst dies nicht, dann muß der Beirat darüber entscheiden, ob der EWB weiter im EWB verbleiben kann.

Beimann (Düsseldorf) schildert kurz die Entstehung des EWB und glaubt, daß bei einer besseren Ausgestaltung der Geschäftsordnung ein größerer Einfluß hätte erlangt werden können. Er beklagt die Schwächen der bisherigen Werk und den Einfluß der

Wähta auf die Preisgestaltung. Die Erzeugnisse Deutschlands ist, fährt der Redner fort, gering. Wir sind also zu 80 Hundertteile auf Erze aus dem Ausland angewiesen. Jetzt zum Beispiel steht in einer Lonne Stabeisen ein Erzeinsatz von 4250 M.

Das Reichswirtschaftsministerium will keine Höchstpreise bestimmen mit dem Hinweis darauf, daß diese seinerzeit mit 22 gegen 11 Stimmen vom EWB abgelehnt worden sind. Er sei für die Beteiligung im Höchstpreisausschuss, weil wir keine Gelegenheit vorübergehen lassen sollten, den Unternehmern die Unfugigkeit ihrer Preisgestaltung vorzuhalten und weil immerhin die Möglichkeit vorliegt, bei Preisüberschreitungen Beschwerde einzulegen.

Es ist klar, daß die Spannung zwischen Selbstkosten und Verkaufspreis niedrig sein muß; immerhin müssen wir bei der Beurteilung des jetzigen Stabeisenpreises die Wähta, die Preise der Kohlen und der Frachterhöhungen sowie die Preissteigerungen der Materialien (Öle, Fette usw.) in Rechnung nehmen. In einer Lonne Stabeisen stehen neben den 4250 M Erzeinsatz 1655 M für Kohle und 480 M für Fracht. Die Lohnkosten betragen nur 800 M. Der Anteil der Löhne ist also nicht so groß, wie man sich gewöhnlich vorstellt. Mit seinen Ausführungen will Redner keineswegs die jetzige Preisgestaltung unterstützen, sondern nur die Faktoren anführen, auf die wir keinen Einfluß haben.

Die Verhältnisse in der Schrottwirtschaft sind zurzeit katastrophal. Es ist nicht festzustellen, ob die Unternehmer der Schrott nicht als Zuschußobjekt betrachten; aber der jetzige Schrottpreis ist, auch wenn er nur auf dem Papier steht, zu hoch.

Redner ist der Ansicht, daß das Reichswirtschaftsministerium nicht den Mut haben wird, Höchstpreise einzuführen, und betont nochmals, daß wir uns zunächst wenigstens im Höchstpreisausschuss betätigen sollten, um keine Gelegenheit zu verpassen, wo die Preisgestaltung zur Sprache kommt. Die Verantwortung für die Preise können wir ablehnen. Durch eine Beteiligung im Höchstpreisausschuss würden wir dem Reichswirtschaftsministerium den Rücken steifen und möglicherweise auch wieder bestimmenden Einfluß im EWB erhalten.

Bols (Eisen): Einen Eintritt in die Höchstpreiskommission müssen wir ablehnen, denn der Stahlbund tut, was er will. Das einzige wäre, daß der Stahlbund erklären kann, die Preise sind unter Mitwirkung der Arbeiter abgeschlossen. Wir sind dort lediglich eine Figur. Das gleiche gilt für den Hoheisenausschuss. Wir müssen vom Reichswirtschaftsministerium fordern, daß wieder Höchstpreise eingeführt werden.

Gandke (Stuttgart): Der erweiterte Beirat war sich seinerzeit klar darüber, daß der Eintritt in den EWB einen Kampf bedeutet, der mit den Vertretern der Industrie ausgedehnt werden muß. Der größte Teil unserer Mitgliedschaft erwartet diese Tätigkeit auch von uns. Unsere Vertreter hatten den Kampf nach verschiedenen Fronten zu führen; sie mußten nicht nur gegen die Unternehmer kämpfen, sondern auch gegen die Vertreter der Hirsche und Christen und christlichen Gewerkschaften. Wer glaubt, daß diese freiwillig mit uns gehen, hat die Praxis der Hirsche und Christen nicht kennen gelernt. Der Beirat sollte den Vorstand beauftragen, alle Mittel anzuwenden, damit wieder Höchstpreise eingeführt werden. Unter Verletzung unseres Ansehens dürfen wir nicht im EWB bleiben.

Rumer (Stuttgart): Wir verlegen den ganzen Schwerpunkt der Angelegenheit zu viel auf die Höchstpreise. Diese sind selbstverständlich notwendig, doch dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, daß damit die Schwierigkeiten der Wirtschaft beseitigt sind. Selbst wenn wir maßgebenden Einfluß erlangen, können wir die wirtschaftliche Elementargewalt nicht aufheben. Neben der Erwirkung von Höchstpreisen gibt es für uns im EWB noch manches zu tun. Von jedem Betriebsrat fordern wir das Recht der Einsicht in die Bilanz seines Unternehmens. Im EWB haben wir die Möglichkeit, uns Einsicht in die Gebarung der ganzen deutschen Eisenwirtschaft zu verschaffen. Durch unsere Anwesenheit allein schon läßt sich Schlimmes verhüten. Diese Gelegenheit auszugeben, darf nur nach Erschöpfung der Besserungsmöglichkeiten geschehen.

Spiegel (Wiesloch): Die Unternehmer würden ihre helle Freude daran haben, wenn der EWB nicht mehr mitmachen würde. Die Unternehmer arbeiten doch auf die Beseitigung des EWB hin; wir dürfen ihnen diesen Weg nicht so leicht machen.

Dr. Einstein (Stuttgart): Meiner schon im Hinblick auf die Lage der deutschen Wirtschaft muß der EWB das Reichswirtschaftsministerium mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sein Eingreifen unvermeidlich ist. Die unverantwortliche Preis-treiberei der Eisenindustriellen führt zur Wirtschaftskrise auch bei uns. Wenn diese noch nicht kam, dann nur, weil die deutsche Mark bis jetzt dem Weltmarktpreis „danongelassen“ ist. Es ist richtig, die Tätigkeit im EWB ist nicht mit der Festsetzung der Höchstpreise erschöpft. Aber die ernsthafteste Förderung wirtschaftlicher Probleme ist jenseits zweifellos in einer Korporation, die nicht darauf bedacht ist, Rechte auszubauen, sondern sie den Arbeitnehmern zu beschneiden. Es trifft heute immer weniger zu, daß die elementaren Kräfte die Wirtschaft regeln. Die freie Konkurrenz hat einer kartellierten gebundenen Wirtschaft Platz machen müssen, in der nicht zuletzt gerade das Unternehmens selbst durch Zusammenschlüsse, Fusionen usw. das freie Spiel der Kräfte ausgeschaltet. Früher hat man gegofft, daß die verschiedenen Gruppen der Unternehmer (Erzeuger, Verbraucher, Händler) widerstrebende Interessen haben und sich gegenüberstellen. Das ist völlig veraltet. Seit ein so ungerer Zusammenhang zwischen Erzeugung, Verbrauch und Handel eingetreten ist, vertritt sehr oft der Sprecher für den Handel sein eigenes Guttenwert und der Sprecher für die Erzeuger läßt sich leiten von den Kaufleuten, die er nehmen muß auf seinen Selbstverbrauch von Eisen.

Liebe (Dresden): Wir müssen uns weiter am EWB beteiligen. Geheißt das nicht, dann wird der EWB niemals der Selbstverwaltungsförderung, wie wir ihn uns denken. Die letzte Generalversammlung hat beschlossen, daß jede Möglichkeit der Förderung der Interessen der Metallarbeiter ausgenutzt werden soll. Wir müssen dem auch für den EWB Rechnung tragen.

Dihmann (Erlangen): Zur Zeit der Entstehung des EWB war man der Auffassung, daß die Dinge weitergetrieben werden können. Die Entwicklung ist einen anderen Weg gegangen. Überall wird die Zwangswirtschaft abgelehnt. Die Unternehmer waren immer dagegen und es ist ganz klar, daß sie jetzt alle Mittel anwenden, den Zwang des EWB abzumitteln. Entscheidend für unsere Beteiligung im EWB ist unser Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung von Höchstpreisen. Diese Voraussetzungen sind jedoch weggefallen. Warum haben wir die Konsequenzen zu ziehen. Nehmt auch das Reichswirtschaftsministerium ab, nun seinerzeit Höchstpreise festzusetzen, so können wir nicht länger im EWB verbleiben. Unsere Kräfte sind zu schwach für solche Arbeit. Es ist nicht anzunehmen, daß die Christen und Hirsch-Unternehmen je gewillt zu befehlen und zu uns herabzusehen sind. Diese gehen in Entscheidungsfragen nicht mit uns, vor allem nicht in entscheidenden Kampfen. Durchsetzen können wir nur etwas, wenn wir Rechte haben. Geht wir solche nicht, müssen wir uns fragen, ob unsere Beteiligung nicht zugunsten der proletarischen Bewegung ausschlägt.

Es liegt eine Entscheidung vor, die wir zur einstimmigen Annahme empfehlen. Die Entscheidung bringt zum Ausdruck, wie wir die Dinge beurteilen. Die nächste Beiratssitzung wird sich dann mit der Sache wieder befassen müssen.

Schließert (Stuttgart): Die Höchstpreise sind nicht Mittel, Mittel haben Fragen sind gleichfalls von großer Bedeutung; aber die Entscheidung liegt, daß im EWB andere Fragen wichtiger sind. Es werden werden können. So wie die Dinge heute liegen, muß nochmals betont werden, daß kein Arbeitervertreter bestmündig auf den Preis einwirken kann. Bei unserer einstimmigen Beschluß war maßgebend, daß wir ein Selbstbestimmungsrecht haben. Die Praxis hat gezeigt, daß dies nicht der Fall ist. Nach einigen persönlichen Bemerkungen erfolgt die Annahme folgender:

### Entschliessung:

Die Aufhebung der Höchstpreise für die Inlandserzeugung Stahl- und Walzwerkzeugnisse durch den Eisenwirtschaftsbund hat zu einer ungerechtfertigten, außerordentlichen Vertierung der Eisenzeugnisse und damit zu schweren volkswirtschaftlichen Schädigungen überhaupt wie auch besonders zu schwerer Schädigung der Arbeiterschaft in der Metall- und Maschinenindustrie geführt. Die Vertreter der Arbeiter und gestellten im EWB dienen jetzt nur als Deckung für die unverantwortlichen Preistreibereien. Die gemüßliche Wirksamkeit des EWB ist dadurch beseitigt.

Die Zusammensetzung des EWB und die Haltung der Vertreter des Verkehrs- und Wiederaufbauamts gegen die Einführung von Höchstpreisen lassen es zurzeit ausgeschlossen erscheinen, daß im EWB selbst ein Beschluß auf Wiedereinführung von Höchstpreisen zustande kommt.

Der erweiterte Beirat des EWB fordert aus diesen Gründen vom Reichswirtschaftsminister die Festsetzung von Höchstpreisen entsprechend seiner Befugnis nach der Verordnung über EWB und nach dem Beschluß des EWB vom 22. April 1921. Voraussetzungen für die Erfüllung der dem EWB gestellten Aufgaben.

Der Vorstand des EWB wird ersucht, beim Reichswirtschaftsminister diese Forderung mit Nachdruck zu vertreten. Dabei ist betont, daß der jetzige Zustand im EWB für die Vertretung des EWB ein unhaltbarer ist.

Aber die gepflogenen Verhandlungen ist in der nächsten Sitzung des erweiterten Beirats Bericht zu erstatten. Der erweiterte Beirat hat je nach dem Ergebnis der Verhandlungen darüber zu entscheiden, ob der Deutsche Metallarbeiter-Verband weiter in Eisenwirtschaftsbund verbleiben kann.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Der Vorsitzende weist auf das Schlußwort auf die bedeutsamen Beratungen hin. Entscheidende Beschlüsse wie in der Beitragsfrage wurden einstimmig gefaßt. Beirat und Vorstand hoffen, daß die gefassten Entschliessungen zum Wohle des Verbandes und seiner Mitglieder sich auswirken.

## Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 9. April ist der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. April 1922 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserbhöhung
	I	II	III	
Dresden	400	100	50	19. Beitragswoche
Guben	200	—	—	15.
Silbesheim	800	150	—	12.
Zentfisch	200	200	—	12.
Oberhausen	800	150	50	5.
Deberau	200	150	50	14.
Nochitz	200	100	50	14.
Schwabach	800	200	50	14.
Torgelow	800	—	—	14.
Wurtschungen	200	100	50	14.

\* Berichtigung von Nr. 11.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Anforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

### Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:

Der Schlosser Friedrich Schulze, geb. am 7. Mai 1897 zu Erleben, Mitgliedsbuch Nr. 4507710, wegen unkollegialen Verhalten und Denunziation.

### Auf Antrag der Verwaltungsstelle Röhren:

Der Bruno Krieger (Krieger), geb. am 2. August 1897 zu Lommash, Mitgliedsbuch Nr. 452046, wegen Diebstahl.

### Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der Dreher Gustav Peter, geb. am 18. März 1898 zu Düsseldorf, Mitgliedsbuch Nr. 4500089, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

### Auf Antrag der Verwaltungsstelle Rastenberg i. Th.:

Der Schmied Paul Gläcker, geb. am 20. Dezember 1898 zu Cölleba, Mitgliedsbuch Nr. 3,991810, wegen Unterschlagung.

### Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 2,849,934, lautend auf den Dreher Heinrich Kramlsky, geb. am 26. Aug. 1900 zu Scharnbeck (Osterr.-Scharnbeck). Mitgliedsbuch Nr. 2,981,225, lautend auf den Weiser Fritz Galbach, geb. am 9. August 1878 zu Lennep. (Remecheid.)  
Mit kollegialen Gruß  
Der Vorstand.

## Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von Zeilenarbeitern nach Delz i. Schlef. (Moritz Claus) D.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet des Schweiz l.; nach Bierjen (Gehr. Hamm) St.; von Heizungsunternehmern nach Widenfeld l.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen l.; nach Schenitz-Reichenbrand (Elite-Werke) D.; nach Eberswalde (Arb.-Werke) W.; nach Finnland; nach Forst-N-Lausitz (F. Jählich in Gr. Köllig) D.; nach Königsb. Pr. St.; nach Rügenburg l.; nach Harburg a. S. (Ha. Rodt) St.; nach Rheindt (Blanzig & Schuhmacher, Weydter Spinnfabrik) D.; nach Säckingen a. Rh. (Stenda-Werke G. m. b. H.) D.; von Walzwerkarbeitern nach Rombach i. Lothr. St.

l. = Lohnbewegung; D. = Differenz; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Ausspernung. Arbeitssuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der bestreite Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erlaubung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufordern. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.  
Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

## Verbands-Anzeigen

Danz bei Radeburg. Als Geschäftsführer wurde Kollege Reinhold Hähnlich gewählt. Den übrigen Beamten bedankt Dank. Zum Geschäftsführer wurde der Kollege Benic (Weissen) gewählt. Allen übrigen Beamten bedankt Dank.

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.